

# Dringlichkeitsantrag A15 Ergänzung des Verwaltungsstandpunkts zur altersfreundlichen Stadt Leipzig

Antragsteller\*in: Harry Hensler

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge aus dem Kreisverband

## Antragstext

1 Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Leipzig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 beschließt:

3 1. Die Mitgliederversammlung begrüßt den Verwaltungsstandpunkt vom 27.Januar  
4 2026 zum Antrag „Altersfreundliche Stadt Leipzig“ ausdrücklich als  
5 Anerkennung der inhaltlichen Zielrichtung des Mitgliederantrags vom 06.  
6 September 2025.

7 2. Zugleich bittet die Mitgliederversammlung die Stadtratsfraktion von  
8 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Verwaltungsstandpunkt durch einen gezielten  
9 Änderungsantrag zu ergänzen, um die politische Verbindlichkeit  
10 sicherzustellen.

11 3. Der Änderungsantrag soll insbesondere folgende Punkte enthalten:

- 12 ◦ eine verbindliche, frühzeitige und transparente Beteiligung der  
13 Bevölkerung,
  
- 14 ◦ die aktive Einbindung älterer Menschen, zivilgesellschaftlicher  
15 Initiativen, Selbstvertretungen sowie der Träger der offenen  
16 Seniorenarbeit,

- 17 ◦ eine regelmäßige Berichterstattung an den Stadtrat,

- 18 ◦ sowie die klare Benennung der altersfreundlichen Stadt als  
19 strategische Querschnittsaufgabe der Stadt Leipzig.

20 4. Die Mitgliederversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die AG 60plus der  
21 Stadtratsfraktion hierzu ein ausformulierten Änderungsantrag zur  
22 Verfügung stellt.

## Begründung

Der Verwaltungsstandpunkt macht deutlich, dass zentrale Zielsetzungen des WHO-Ansatzes „Age-friendly Cities“ in Leipzig bereits in verschiedenen Strategien und Fachplanungen berücksichtigt sind. Diese inhaltliche Übereinstimmung bestätigt die Relevanz und Tragfähigkeit des ursprünglichen Mitgliederantrags.

Gleichzeitig zeigt der Verwaltungsstandpunkt, dass Altersfreiheit bislang überwiegend als verwaltungsinterne Querschnittsaufgabe verstanden wird. Eine explizite politische Beauftragung – insbesondere zur verbindlichen Beteiligung der Bevölkerung und zivilgesellschaftlicher Initiativen – ist darin nicht enthalten.

Gerade vor dem Hintergrund knapper Haushaltslagen und konkurrierender Prioritäten ist es aus Sicht des Kreisverbandes erforderlich, Beteiligung, Transparenz und politische Rückkopplung nicht allein der Verwaltungspraxis zu überlassen, sondern sie durch einen klaren politischen Auftrag abzusichern.

Der vorgeschlagene Weg wahrt die Grundlinie des Verwaltungsstandpunkts, vermeidet neue Parallelstrukturen und zusätzliche Haushaltsfestlegungen, stellt aber sicher, dass der Kern des Mitgliederantrags – strategische Ausrichtung und verbindliche Beteiligung – erhalten bleibt.